Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn nach sieben Jahren rot-grüner Politik die Unzufriedenheit im Land so groß ist, dass kurz vor dem Ende einer Wahlperiode eine so große Volksinitiative hier in den Landtag kommt, dann muss diese Regierung etwas grundsätzlich falsch gemacht haben. Und das wird heute hier diskutiert.

(Beifall von der CDU und der FDP – Norbert Meesters [SPD]: Volksinitiativen sind keine Wahlumfragen!)

Wir hatten während der Regierungszeit von Frau Kraft zwei Volksinitiativen. Die zweite beraten wir heute hier. Mit 120.000 bestätigten Unterschriften handelt es sich dabei um die größte Volksinitiative und das größte Misstrauensvotum, das Sie von der Bevölkerung in dieser Wahlperiode bekommen haben.

Dass es so weit gekommen ist und die Unzufriedenheit im Land und auf dem Land mit der Landesregierung so groß ist, hat eine ganz einfache Ursache. Das hätten Sie schon vorher wissen können. Sie wussten es ja auch. Sie machen Gesetze nicht etwa, weil sich die Verhältnisse in der Natur geändert hätten, weil bestimmte Wildarten – zum Beispiel das Wildschwein, der Waschbär, der Marderhund oder demnächst der Wolf – überhandgenommen hätten oder weil neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen würden, sondern Sie machen sie ausschließlich aus politisch-ideologischen Gesichtspunkten. Deshalb ist es auch mit Recht so, dass die Bürger sich dagegen zu Wehr gesetzt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie begründen Ihre Veränderungen im Jagdrecht mit dem angeblich veränderten gesellschaftlichen Bewusstsein. Beim

Landesnaturschutzgesetz haben Sie es übrigens genauso gemacht. Nur: Was gesellschaftlich relevant ist, definieren Sie auch noch selber. Wenn es Menschen sind, die in Ihrem Sinne demonstrieren, dann ist das gesellschaftlich relevant. Wenn nicht, dann ist das offenbar unbedeutend. So sind Sie ja schon mit den 15.000 Demonstranten vor ziemlich genau zwei Jahren, am 18. März 2015, hier vor dem Landtag umgegangen.

Auch heute gehen Sie mit dieser Volksinitiative wieder so um. Herr Meesters, Sie können zwar in Ihrer Rede mehrfach das Wort "Respekt" nennen – aber Sie haben in keinem einzigen Punkt hier zur Sache Stellung genommen. Zu keinem einzigen Punkt haben Sie etwas gesagt. Hätten Sie sich doch einmal an den Punkten, die die Volksinitiative dargestellt und kritisiert hat, abgearbeitet und gesagt, warum sie richtig oder falsch sind!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das machen Sie nicht, weil Sie es nicht können, weil Sie ideologische Politik machen.

(Jochen Ott [SPD]: Sie wissen doch, dass das Quatsch ist!)

Die Auswirkungen des Gesetzes kann man doch mit den Händen greifen. Die Wildschweinpopulation steigt im ganzen Land an. Gleichzeitig erschweren Sie die Jagd auf die Wildschweine. Das kann doch nicht zueinanderpassen.

(Norbert Meesters [SPD]: Haben Sie die Erfahrungsberichte gelesen?)

Sie sagen: Wir brauchen ein paar Jahre, um das zu evaluieren, und dann wird es irgendwann einen Bericht geben. – Sie brauchen also einige

Jahre, um Fakten festzustellen. Aber Herr Remmel braucht nur wenige Monate, um festzustellen, dass die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd durch sein Jagdgesetz gestiegen sei. Wie können Sie das messen und beurteilen? Das kann nur funktionieren, wenn Sie höchstens mit den paar Verbänden sprechen, mit denen Sie immer sprechen.

(Jochen Ott [SPD]: Das war nur, weil wir beide bei den Jägern waren!)

– Na ja; wir haben ja kräftig diskutiert. – Am 28. Februar 2017 haben Sie ja in den Medien erklärt, die Jagd habe unter den neuen Regeln deutlich an Akzeptanz gewonnen.

(Jochen Ott [SPD]: Ja! Dann sind wir uns ja einig!)

Die "Süddeutsche Zeitung" meldete gestern, dass 80 % der Bevölkerung in Deutschland hinter der Jagd und den Jägern stehen, und zwar seit einigen Jahren stabil. Das hat mit Ihrem Jagdgesetz überhaupt nichts zu tun.

Dann kommen Sie von der SPD, Herr Meesters, und schreiben in Ihr Wahlprogramm, dass Sie eine Imagekampagne für Jägerinnen, Jäger und Jagd auf den Weg bringen wollen.

(Jochen Ott [SPD]: Wenn Herr Wüst hier nicht ständig so blockieren würde, wäre das kein Problem!)

Also, Vorsicht! Im ländlichen Raum gehen schon die Alarmglocken an; denn spätestens seit der unsäglichen Imagekampagne zur Landwirtschaft Ihrer Frau Ministerin Hendricks, die neue Bauernregeln erfunden hat, wissen die Menschen, was sie von Ihren Imagekampagnen zu halten haben. Vorsicht! Ich kann nur sagen: Es ist am besten, wenn Sie gar nicht

kle

in die Lage kommen, sie umzusetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die CDU unterstützt den Inhalt der Volksinitiative.

(Jochen Ott [SPD]: Wie überraschend!)

Wir haben das in unserem Entschließungsantrag

(Norbert Meesters [SPD]: In welchem Entschließungsantrag?)

mit den wichtigsten Punkten benannt. Aber das sind eben nur die wichtigsten Punkte, die man hier aufführen kann.

Was wir ganz konkret wollen, haben wir mit unseren 84 Änderungsanträgen zum Jagdgesetz Wort für Wort formuliert, übrigens als einzige Fraktion in diesem Haus. Bei uns wissen die Wählerinnen und die Wähler ganz genau, was sie bekommen, wenn sie nach dem 14. Mai hier andere Mehrheitsverhältnisse haben wollen.

Meine Damen und Herren, der gesellschaftliche Wille wird am Wahltag gebildet. Dann wird entschieden, wo der gesellschaftliche Wille steht. Ich sage Ihnen: Dieses ideologische Gesetz kann man abwählen, das muss man dann am 14. Mai tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Rüße das Wort.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Karlheinz Busen [FDP]: Letztes Aufbäumen oder was?)